



Beschluss / Positionierung des StuRa zu

Solidarität mit Hongkongs Studierenden

**Am 03.12.2019 hat sich der StuRa der Universität Heidelberg in folgendem
Beschluss zur Solidarität mit Hongkongs Studierenden positioniert:**

Studierendenrat

der Universität Heidelberg

Tel.: +49(0)6221/54 2456

Fax.: +49(0)6221/54 2457

E-Mail:

sitzungsleitung@stura.uni-
heidelberg.de

Beschlussdatum: 03.12.2019

Der Studierendenrat der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg erklärt seine Solidarität mit den Studierenden in Hongkong!

Der Studierendenrat appelliert an die Universität Heidelberg und alle deutschen Universitäten, zukünftige Partnerschaften und Austausch mit den Universitäten in Hongkong zu bedenken und auszusetzen, bis diese die Sicherheit ihrer lokalen und internationalen Studierenden gewähren können und sich uneingeschränkt zu den Menschenrechten, einschließlich der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder (und aller Menschen!) bekennt.

Ebenso verurteilt er die Angriffe auf und Belagerungen der Universitäten in Hongkong, vor allem der Chinese University of Hong Kong vom 11. - 15. November und der Hong Kong Polytechnic University seit dem 13. November sowie die dadurch bedingten Einschränkungen und Beschneidungen des universitären Lebens.

Es ist die Aufgabe aller Universitäten, diese Freiheiten und Rechte zu achten und sich für deren Förderung einzusetzen. Universitäre Forschung wie Lehre kann ohne einen offenen Meinungs- und Gedankenaustausch, frei von jeglichen Repressalien, nicht bestehen, wie Geschichte und Gegenwart vielfach zeigen.

So bekennt sich der Studierendenrat uneingeschränkt zu dieser für uns so elementaren Wissenschaftsfreiheit und fordert, dass die Universitäten Hongkongs die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder ohne Einschränkungen verteidigen und sich gegen Einschränkungen und Repressionen mit aller Macht zur Wehr setzen. Daher fordert er die Universitäten Hongkongs auf, ihre Studierenden und Angestellten adäquat vor Brutalität und Angriffen zu schützen sowie der Polizei ohne richterliche Befugnis keinen Zutritt zu den Campus zu gewähren oder ohne Haftbefehl Studierende festzunehmen. Unter diesen Bedingungen kann nämlich die Freiheit von Forschung und Lehre, die notwendiger Bestandteil jeder offenen, toleranten, freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist, nicht gewährleistet werden.